

GUATE-NETZ

Infobulletin Guatemala-Netz Zürich

22. Oktober 2018 Nr. 61

Liebe Leserinnen, liebe Leser

Indirekter Putsch, Krieg der Justiz, Repression, Generalstreik, Strassenblockaden – die letzten Monate waren in Guatemala von grosser Unruhe, Angst und Unsicherheit geprägt. Eines scheint klar zu sein: Präsident Jimmy Morales scheint zu seinem ursprünglichen Beruf zurückzufinden, verhält sich immer öfter als Clown und schafft surreale Welten in seinen Diskursen. Das Gruseligste passierte am 31. August: Eine kurzfristig anberaumte Pressekonferenz des Präsidenten, mit dem Militärkommando im Hintergrund, erinnerte und erschreckte viele. Ein ähnliches Bild gab die Pressekonferenz vom putschenden General Ríos Montt vor 36 Jahren ab – der Auftakt zu seiner eineinhalbjährigen Schreckensherrschaft.

Keine der Autorinnen dieses Bulletins konnte sich diesen Ereignissen der letzten Wochen entziehen. Eva Kalny, Soziologin und Autorin des Buches „Soziale Bewegungen in Guatemala“ war bis Mitte September in Guatemala und erlebte die angespannte Situation live mit. Sie berichtet über den Kampf um den Rechtsstaat und die komple-

xen Zusammenhänge im Kampf um den Machterhalt der jetzigen Regierung. Barbara Klitzke geht in ihrem Text auf die bedrohliche Situation der Menschenrechtsverteidiger*innen ein, die sich durch die Hetze und Aberkennung grundlegender Menschenrechte durch die Regierung sichtlich verschlimmert hat. Maya Márquez, eine in der Schweiz lebende Guatemaltekin, schreibt über die wichtige Rolle der Zivilgesellschaft im Aufbau der bis jetzt fehlenden staatlichen Institutionen.

Uns allen ist die grosse Sorge um Guatemala gemein. Während auf allen Regierungsebenen weiter um den Erhalt der Privilegien der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Elite Guatemalas gerungen wird, steigt die Armut bei der ländlichen und indigenen Bevölkerung, das Bildungs- sowie das Gesundheitssystem sind ein Desaster. Können die sozialen Bewegungen, die Menschenrechtsorganisationen, die Zivilbevölkerung dem etwas entgegensetzen und Guatemala zum Erwachen und Aufstehen bringen?

Barbara Klitzke



Jimmy Morales, links sein Vizepräsident Jafeth Cabrera, mit Dutzenden von Militärs und Polizisten im Hintergrund, Pressekonferenz vom 31. August 2018.

Foto: Carlos Sebastián, Nómada

Ein Rechtssystem im Kampf um die demokratische Ordnung

In Guatemala wird auf mehreren Ebenen um die Aufrechterhaltung des Rechtsstaats gekämpft. Der Justiz kommt dabei eine besondere Bedeutung zu.

Es ist ein Wechselbad der Gefühle für politisch Engagierte in Guatemala: Seit dem Einsatz von Panzerfahrzeugen vor dem Büro der Internationalen Kommission gegen Strafflosigkeit und Korruption, CICIG, dem Obersten Gerichtshof und Botschaften am Vormittag des 31. Augusts und der darauf zu Mittag folgenden Pressekonferenz von Präsident Jimmy Morales, in der er, umringt von Angehörigen des Militärs und der Polizei verkündete, das Mandat der CICIG nach September 2019 nicht weiter zu verlängern, vergeht praktisch kein Tag ohne wichtige, leider häufig bedenkliche Ereignisse. Die ersten Tage nach der Pressekonferenz waren von erhöhter Militär- und Polizeipräsenz in den Städten des Landes geprägt und einem Verstummen von kritischen Kommentaren in den sozialen Medien. Doch dieses Schweigen sollte nicht lange dauern.

Zu Beginn der folgenden Woche fanden zahlreiche teilweise auch für interessierte Aussenstehende geöffnete Sitzungen und Versammlungen statt und wurden Protestmassnahmen diskutiert. Es sollten aber noch an die zehn Tage vergehen, bis sich abzeichnete, dass es zumindest vorerst weder einen Militärputsch gibt noch der Ausnahmezustand verhängt wird. Präsident Jimmy Morales wiederum nutzte eine bereits langfristig geplante Auslandsreise von Iván Velásquez, um diesem die Wiedereinreise zu untersagen. Damit positionierte er sich in Widerspruch zu einem Urteil des Verfassungsgerichtshofs aus 2017: Vor ziemlich genau einem Jahr hatte Präsident Jimmy Morales den internationalen Kommissionär der CICIG zur persona non grata erklärt und das Gericht entschieden, Morales dürfe die Arbeit der Kommission nicht einschränken. Nun erklärte Morales den Kommissionär zur „Bedrohung der nationalen Sicherheit“. Die Nichtanerkennung des Verfassungsgerichtshofs aber bedeutet die Aufhebung der Gewaltentrennung und damit einen Staatsstreich.

Der Kampf um den Rechtsstaat

Seit den ersten Septembertagen wird der Kampf

für eine demokratische Ordnung, gegen Korruption und kriminelle Strukturen im Staatsapparat und für die CICIG auf mehreren Ebenen durchgeführt. Dabei wird auch sichtbar, was bei den ersten Treffen Konsens war: Die Botschaft „Jimmy no – Iván sí“, die die Bevölkerung im Sommer und Herbst 2017 geeint hatte, greift mittlerweile zu kurz. Es geht um wesentlich mehr – nämlich um die Aufrechterhaltung einer demokratischen Ordnung und eine grundlegende Veränderung eines Staats, der durch und durch von Korruption geprägt ist. Der Kampf wird auf zumindest drei Ebenen geführt: so werden zahlreiche rechtliche Schritte gegen die Regierung unternommen, finden beinahe täglich Proteste und Arbeitsniederlegungen statt, und wird auf internationaler Ebene Unterstützung mobilisiert.

Der Kampf auf juristischer Ebene zeigt sich insbesondere im Ringen um den Verfassungsgerichtshof: Dessen einstimmiges Urteil, „der Kommissionärin bzw. dem Kommissionär der CICIG“ sei die Einreise zu gestatten, wurde insbesondere vom „Nationalen Sicherheitsrat“ nicht anerkannt. Dieser besteht unter anderem aus dem Verteidigungsminister, dem Innenminister und der Aussenministerin und bildet das Beratungsgremium des Präsidenten. Auf Rückfrage erläuterte der Verfassungsgerichtshof mit drei zu zwei Stimmen, dies bedeute, Iván Velásquez sei die Einreise zu gestatten. Einige Unstimmigkeiten im Verlauf dieser Entscheidung legen den Verdacht nahe, dass massiver Druck auf den Gerichtshof ausgeübt wurde. Regierungsmitglieder interpretierten, ein nicht einstimmiges Urteil sei nicht bindend. Zahlreiche Rechtsmittel wurden sowohl zugunsten der Einreise von Iván Velásquez und der CICIG als auch gegen diese eingelegt. Eine vorerst gute Nachricht des Rechtsstreits ist, dass das Militär am 29. September ankündigte, die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs zu respektieren.

Die Liste der Proteste im Land ist lange. So wurde Morales zum Beispiel am 7. September bei einem Besuch in Quetzaltenango zur persona non grata erklärt und konnte auf Grund massiver Proteste nicht an allen Feierlichkeiten teilnehmen. Auch die Tage rund um die Unabhängigkeitsfeierlichkeiten

am 15. September wurden für zahlreiche Proteste genutzt. Versuche der Regierung, regierungskritische Plakate bei den traditionellen Umzügen der Schulen einzuschränken, wurden kreativ umgangen – so trat eine Schule in Quetzaltenango mit einem regierungskritischen Lied der populären Gruppe „Conejitos Internacionales“ auf. Für den 20. September war ein Generalstreik geplant, der Tag wurde zu einem Protesttag mit reger Beteiligung. Bereits im Vorfeld fanden Strassenblockaden statt. Arbeitsniederlegungen fanden im Gesundheitswesen statt, Ärzt*innen hatten sich organisiert, um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen zu erkämpfen.

ren als dies während des Bürgerkriegs der Fall gewesen sei. Über das Gespräch zwischen Guterres und Morales besteht keine einheitliche Interpretation.

Der „Pacto de Corruptos“ hat die Mehrheit im Kongress

Der Kampf von Jimmy Morales, ihm nahestehende Minister*innen und der Mehrheit des Kongresses gegen die CICIG sind von persönlichen Interessen motiviert: Ihnen droht mit Ende ihrer Amtszeit im Januar 2020 das Ende der Immunität und damit Gerichtsverfahren. Und so wird im Kongress ausführlich über die schwedische Rockband



Thelma Aldana, ehemalige Generalstaatsanwältin und Iván Velásquez, Kommissionär der CICIG an einer ihrer gemeinsamen Pressekonferenzen zu aufgedeckten Korruptionsfällen im Jahr 2015.

Foto: Carlos Sebastián, Nómada

Auf internationaler Ebene erhalten Iván Velásquez und die CICIG zahlreiche Unterstützungen: UN Generalsekretär Guterres stellte sich nun mehrmals hinter den Kommissionär, ebenso zahlreiche europäische Botschaften. Das Washington Office on Latin America, WOLA zeichnete Iván Velásquez und Thelma Aldana am 20. September mit seinem Menschenrechtspreis aus, kurz darauf folgte die Zuerkennung des alternativen Nobelpreises an beide. Dies alles hielt Jimmy Morales nicht davon ab, in seiner Ansprache an die UN Generalversammlung am 25. September sowohl Generalsekretär Guterres als auch die CICIG und Iván Velásquez mit längst widerlegten und auch absurden Anschuldigungen zu attackieren. So meinte Morales, die CICIG würde das Land stärker polarisie-

Marduk diskutiert und gegen sie ein Auftrittsverbot verhängt und wird eine Gesetzesvorlage für einen „Nationalen Tag der Reue, der Vergebung und der Versöhnung für den Frieden“ diskutiert, an dem der Präsident um Vergebung für Korruption und Gewalt bitten und ihm symbolisch von 22 Schulkindern vergeben werden soll. Gleichzeitig unternehmen 112 Kongressmitglieder alle nur denkbaren Schritte, um progressive Gesetzesreformen rückgängig zu machen und so ihre Wiederkandidatur und die Aufrechterhaltung eines von kriminellen Strukturen dominierten Parteiensystems zu ermöglichen. Die Entscheidungen der nächsten Wochen werden weitreichende Folgen für das Land haben.

Eva Kalny

Gerichtsverfahren und Urteile in Korruptionsfällen im September

Ein weniger beachteter Aspekt der Arbeit der CICIG ist ihr Beitrag zur Stärkung des nationalen Justizsystems. Doch die Erfolge der CICIG sind ohne dieses nicht denkbar: Haftanträge und Anträge auf Hausdurchsuchungen werden unter anderem durch die Generalstaatsanwaltschaft gestellt, Polizist*innen des Landes führen diese durch, und nationale Richter*innen entscheiden über Schuld oder Unschuld der Angeklagten. Die Korruptionsfälle betreffen Regierungsmitglieder, Unternehmer*innen und lokale Politiker*innen, und es finden laufend Gerichtsverhandlungen statt. Die hier angeführten Beispiele beschreiben nur einen Ausschnitt der Fälle und Verurteilungen, die im September in den Medien diskutiert wurden.

Caso Construcción y Corrupción

Das Korruptionsnetzwerk rund um Verkehrsminister Alejandro Sinibaldi wurde 2016 offengelegt. Seit dem 8. September schildert die Kronzeugin und ehemalige persönliche Assistentin Sinibaldis, Aneliese Herrera, wie dieser Parteien kaufte, Kongressabgeordnete und Medien bestach oder Präsident Jimmy Morales einen Hubschrauber zur Verfügung stellte. Ende des Monats sagte Juan Arturo Jegenlehner Morales, Anwalt und Verwandter von Alejandro Sinibaldi, als Kronzeuge aus und legte illegale Strukturen, Scheinunternehmen und Bankverbindungen nach Panama offen.

Caso Seguridad y Transporte

Am 13. September 2018 fanden in Guatemala-Stadt und Santa Rosa Hausdurchsuchungen und Verhaftungen durch die Sonderstaatsanwaltschaft gegen die Korruption in Guatemala FECCI mit Unterstützung der CICIG statt. Dabei wurden die Unterlagen von fünf Sicherheitsunternehmen beschlagnahmt und fünf Personen inhaftiert, sieben weitere Haftanträge wurden gestellt. Untersucht wird Unterschlagung von staatlichen Subventionen für den Einsatz von Sicherheitsdiensten zum Schutz des öffentlichen Verkehrs in den Jahren 2008 und 2009. Dies war nötig geworden angesichts zahlreicher Morde an Busfahrern. Mehr als ein Fünftel der Subvention von

80'119'000 Quetzales (ca. 10,3 Millionen Schweizer Franken) wurden nicht für die öffentliche Sicherheit, sondern von kriminellen Netzwerken zum Kauf von Immobilien und Luftfahrzeugen verwendet.

Caso Corrupción en Quetzaltenango

Am 11. September 2018 führten FECCI und CICIG 48 Hausdurchsuchungen und 16 Verhaftungen durch, weitere Haftbefehle wurden verhängt. Aufgedeckt wurde eine kriminelle Struktur rund um den ehemaligen Bürgermeister von Quetzaltenango, Jorge Rolando Barrientos Pellecer, der von 2004 bis 2016 im Amt war. Untersucht werden mindestens 122 Verträge für Infrastrukturprojekte, die mit Hilfe der kriminellen Gruppe „Freunde des Bürgermeisters“ vergeben wurden. Bis zu 40 Prozent der öffentlichen Gelder wurden abgezweigt. Zu den Verhafteten zählt der Unternehmer Willy Vásquez, der seit 2004 Aufträge für öffentliche Projekte im Wert von 618'100'000 Quetzales (ca. 79,4 Millionen Schweizer Franken) erhalten hatte. Laut dem Online-Portal der Zeitung El Periódico schuf er ein System von Bestechung und Geldwäscherei, in das zahlreiche Bürgermeister des Hochlands und Kongressabgeordnete involviert sind.

Caso Terminal de Contenedores Quetzal (TCQ)

Am 5. September wurde José Daniel Luna Argueta, Ex-Sekretär des Gerichts in Esquintla, nach einem Geständnis wegen der Annahme von Bestechungsgeldern in der Höhe von 50'000 Quetzales (ca. 6400 Schweizer Franken) zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Er hatte dafür zwei Unternehmen Verträge für die Hafenanlage El Quetzal zukommen lassen. In dem Fall TCQ, der im Mai 2016 veröffentlicht wurde, sind unter anderem Otto Pérez Molina und Roxana Baldetti der Korruption und der Geldwäsche angeklagt. Bereits im März 2018 waren sechs weitere Personen im Rahmen dieses Falles wegen Bestechlichkeit, Betrug, unrechtmässiger Bereicherung und anderer Delikten verurteilt worden.

Eva Kalny

Rückkehr der Aufstandsbekämpfung

2017 fanden in Guatemala 493 Übergriffe auf Menschenrechtsverteidiger*innen statt. Elf wurden ermordet. 2018 haben sich die Angriffe auf Personen, die Land und Ressourcen ihrer Gemeinden verteidigen, verstärkt. Bis dato wurden bereits 20 Menschenrechtsverteidiger*innen ermordet.

Im Mai und Juni dieses Jahres wurden sieben Bauernführer*innen der Organisationen Bauernkomitee des Altiplano CCDA und des Komitees für bäuerliche Entwicklung Codeca ermordet. Einige Mordopfer wiesen Anzeichen von Folter auf und die Art und Weise, wie sie umgebracht wurden, erinnert an die 1970er und 1980er Jahre der Militärdiktaturen, als sich die Morde an lokalen Führer*innen zu häufen begannen. Die guatemaltekischen Menschenrechtsorganisationen wie auch die UNO-Sonderberichtstellerin für die Rechte der Indigenen Völker, Victoria Tauli-Corpus, halten in ihren Berichten fest, dass die Menschenrechtsverletzungen massiv zugenommen haben. Die Regierung schliesse den Handlungsspielraum für die Arbeit von Menschenrechtsorganisationen und sozialen Bewegungen unter anderem über Gesetze. Menschenrechtsaktivist*innen werden als Terrorist*innen und Kriminelle beschimpft. Sogar der Internationalen Kommission gegen Korruption und Straflosigkeit in Guatemala, CICIG wurde der Kampf angesagt, da sie gegen einige Regierungsmitglieder Untersuchungen wegen Korruptionsverdacht führt und die Immunität des Präsidenten aufheben will, um ihn dem Gericht zuzuführen.

Die Ursache der Gewalt liegt im institutionalisierten Rassismus und der Diskriminierung der indigenen Bevölkerung. Ihre Rechte auf ihre Gebiete und Ressourcen werden nicht anerkannt, ganze Gemeinden werden gewaltsam vertrieben, hunderte von lokalen Anführer*innen kriminalisiert und viele ins Gefängnis gesteckt. Mit seiner öffentlichen Stellungnahme gegen die sozialen Bewegungen und Organisationen legitimierte der Präsident Hass und Hetze und öffnete den Weg zurück zur Aufstandsbekämpfung. Die Art und Weise, auf die die indigenen Führer*innen ermordet werden und die fehlende Aufklärung der Morde legen nahe, dass diese von kriminellen Strukturen un-

ter dem Schutz der Regierung durchgeführt werden.

Im September erreichten die Machtdemonstrationen der Regierung einen Höhepunkt. Präsident Jimmy Morales zeigte sich bei einer kurzfristig anberaumten Pressekonferenz mit dem gesamten Militärkommando. Seither patrouillieren die Polizei, aber auch Militär regelmässig in den Strassen von Guatemala-Stadt und versuchen die Menschen einzuschüchtern, damit sie nicht gegen die Regierung protestieren.

Dies wiederum stärkt die sozialen Bewegungen. Die Bauern- und Landarbeiterinnenorganisationen haben viele Sympathisant*innen gewonnen. Codeca vereint die verarmte und ausgegrenzte indigene ländliche Bevölkerung. Seit der guatemaltekische Staat nach Abschluss des Friedensabkommens von 1996 den Energiesektor für private Investoren zu öffnen begann und die von Armut geprägten Gemeinden in ländlichen Gebieten horrenden Stromrechnungen erhielten, ohne Zugang zu Strom zu haben, kämpft Codeca gegen die Privatisierung des Sektors. So begann der Widerstand. Endlich lassen sich die indigenen Völker nicht mehr unterdrücken. Jeder Mord führt den indigenen Bewegungen neue Mitglieder zu, wie der Mord Ende Juli an der jungen Maya Ixil Juana Raymundo in Nebaj. Sie war Mitglied von Codeca und auch der neuen politischen Partei von Codeca, der Bewegung für die Befreiung der Völker (Movimiento Político para la Liberación de los Pueblos). Diese Bewegung bietet der unterdrückten und ausgeschlossenen ländlichen Bevölkerung die Gelegenheit, sich bei den Wahlen im September 2019 repräsentiert zu sehen.

Die Frage ist nun, ob sich das Volk mobilisieren lässt (nicht nur für einzelne Demonstrationen, sondern auch an der Urne), um die korrupte, ausbeuterische und menschenverachtende Oligarchie zu entmachten und einen echten Prozess der partizipativen Demokratisierung einzuleiten, oder ob Guatemala zurückfällt in eine Diktatur und die Regierungen weiter fahren, Land und Leute wie in den letzten Jahrhunderten auszubeuten.

Barbara Klitzke

Der Kampf gegen Straflosigkeit und der Aufbau von Institutionen – eine grosse Herausforderung

Als Guatemaltesin, die in der Schweiz lebt, beobachte ich mit grosser Aufmerksamkeit, was in Guatemala auf politischer und sozialer Ebene passiert.

In den letzten zwei Monaten fand in Guatemala eine Reihe von Protesten statt, die mit der Presseerklärung von Jimmy Morales über die Nicht-Verlängerung des CICIG-Mandats am 31. August ihren Höhepunkt fanden. Er polarisierte die Bevölkerung noch mehr, als er hinzufügte: „Guatemala glaubt an das Leben, an die Ehe von Männern und Frauen.“ Damit greift er klar die LGBTQI-Bevölkerung an und die Gesetzesinitiative 5376, die die Unterbrechung der Schwangerschaft für Mädchen unter 14 Jahren zu entkriminalisieren sucht, die infolge von sexueller Gewalt schwanger wurden. Gruselig war es, als sich Morales zu Beginn der Pressekonferenz vor das versammelte militärische Oberkommando stellte. Damit hat er das ganze Land an die blutige und autoritäre Vergangenheit der 1980er Jahre erinnert. Am selben Tag erhielten mehrere Menschenrechtsverteidiger*innen suspekt Besuche und Anrufe von Polizeibeamten, was angesichts der politischen Situation als Bedrohung wahrgenommen wurde.

Die alten Taktiken, Angst und Schweigen zu verbreiten, kommen wieder zum Einsatz: Allein von Januar bis Juli 2018 wurden mehr als 18 Aktivist*innen ermordet. Einige wurden an öffentlichen Orten erschossen, andere wurden mit Verstümmelungen und anderen Zeichen extremer Folter gefunden, genauso wie in den 1980er Jahren. Auch wenn niemand für diese Morde festgenommen wurde, ist klar, dass es sich nicht um isolierte oder unpolitische Ereignisse handelt.

Ich frage mich, wie viele Veränderungen oder Fortschritte seit der Unterzeichnung des Friedensvertrags im Jahr 1996 stattgefunden haben? Die Friedensabkommen garantieren den Opfern des internen bewaffneten Konflikts Wiedergutmachung, was jedoch nicht erfüllt wurde. Die Aufhebung des Völkermordverfahrens gegen den ehemaligen Diktator Ríos Montt im Jahr 2013 und der anschließende Versuch, Yassmin Barrios, die Richterin, die ihn wegen Völkermords und Verbrechen gegen

die Menschlichkeit verurteilt hatte, vom Dienst zu suspendieren, dämpfte die Hoffnung auf Gerechtigkeit erneut. Die politisch-militärische Führung in Guatemala kann weiterhin mit Straflosigkeit rechnen.

Der „Pakt der Korrupten“ wurde mit der Ausweisung des CICIG-Kommissars Iván Velázquez aus dem Land gestärkt. Dies veranlasste die Bürger*innen und Bürgergruppen, sich erneut auf die Strasse zu begeben und sich auf dem Platz vor dem Nationalpalast zu treffen, wie 2015, als Otto Pérez Molina aus seinem Amt vertrieben wurde, weil er zusammen mit seiner Vizepräsidentin Roxana Baldetti einen der grössten Korruptionsringe in der jüngeren Geschichte des Landes koordiniert hatte.

Die Rolle der Zivilgesellschaft als Beschützerin der Demokratie

Demokratie ist mehr als nur eine sehr teure Wahlkampagne alle vier Jahre. Die repräsentative Demokratie ist heute vielleicht die pragmatischste und lebensfähigste moderne Regierungsform, aber um die unveräusserlichen Menschenrechte zu gewährleisten, ist die Pluralität der Stimmen und die Freiheit der Meinungsäusserung erforderlich, und nicht nur eine Reihe von Vorschriften in einer Verfassung. Eine gesunde Demokratie braucht aktive, informierte Bürger*innen, die sich in verschiedenen öffentlichen Räumen (zivilen Organisationen, Bewegungen und politischen Parteien) beteiligen, und ihre Anliegen zu kanalisieren und demokratische Institutionen für Veränderungen zu nutzen wissen. Die Morde und Folter, insbesondere im Fall von indigenen Menschenrechtsverteidiger*innen, Einschüchterungen und Drohungen bei den jüngsten Protesten durch den Einsatz von Soldaten und der spaltende und ausgrenzende Diskurs gegen die LGBTQI-Gemeinschaft sind jedoch ein deutliches Zeichen dafür, dass Guatemala beim Aufbau einer Demokratie Rückschritte macht.

Die Präsenz und der Druck der guatemalteken Bevölkerung im Jahr 2015 haben mehrere zivile Organisationen hervorgebracht, wie die Gruppen Justicia Ya, eine von Student*innen ini-

tierte Bürgerbewegung, die dazu beitrug, Proteste zu organisieren und wichtige Informationen über das Handeln der Exekutive und des Kongresses zu verbreiten, oder das Movimiento Semilla, eine politische Bewegung, die mit einer integrativeren Anti-korruptionsalternative zur sozialpolitischen Debatte beigetragen hat und an den Wahlen teilnehmen will. Diese Bewegungen, zusammen mit einer kritischen und unabhängigen Berichterstattung, bilden eine wichtige Kontroll- und Beobachtungsinstanz.

Der Aufbau von demokratischer Institutionalität

Diese Bewegungen werden von der Postkonfliktgeneration angeführt, die nicht die traumatischsten Jahre des Landes erlebt hat. Diese junge Bevölkerung ist informiert und bringt Vorschläge zur Verbesserung des Gemeinwohls ein. Laut Douglas North, Ökonom und Wirtschaftshistoriker, sollten Institutionen die formellen und informellen Spiegelregeln einer Gesellschaft repräsentieren, und



Transparent an der Demonstration vom 11. September 2018 auf dem Cumbre de Alaska-Pass zwischen Sololá und Totonicapán, wo Vertreter*innen der 48 Kantone von Totonicapán die Verlängerung des Mandats der CICIG und den Rücktritt von Jimmy Morales fordern. Quelle: Justicia Ya, Künstler: Manuel Valdez

dadurch Anreizstrukturen für das politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenspiel festlegen. Die Stärkung der demokratischen Institutionen ist eine der wichtigsten Aufgaben, die uns bevorstehen. Das in diesem Zusammenhang grösste Hindernis ist sicherlich das aktuelle besorgniserregende Mass an Korruption und Straflosigkeit.

Für mich gibt es drei Schlüsselemente, die weiterentwickelt werden müssen: Erstens die Stärkung der Zivilgesellschaft. Zweitens der Aufbau von Bewegungen und Parteien, welche die Partizipation der Bürger*innen fördern und das politische System mit demokratischen Mitteln erneuern. Und schliesslich ist es notwendig, engagierte und fähige Personen in staatliche Institutionen einzubinden, wie Lucrecia Hernández Mack, die Gesundheitsministerin im Jahr 2017 war und Mitglied des Movimiento Semilla ist.

Inspiziert von so vielen jungen Menschen, die sich aktuell in Guatemala politisch engagieren, schlossen sich in der Schweiz und weiteren Ländern wohnhafte Guatemalteq*innen zusammen, um vom Ausland aus unsere Rechte und Pflichten als Staatsbürger*innen auszuüben und die Prozesse gegen Straflosigkeit und gegen Korruption zu unterstützen. Die erste Aktion, an der ich teilgenommen habe, war ein Brief an die guatemalteqische Botschaft in der Schweiz zur verspäteten und ungenügenden Reaktion der Regierung auf den Ausbruch des Vulkans Fuego im letzten Juni. Wir erhielten Unterstützung von guatemalteqischen Bürger*innen, Schweizer*innen und anderen in der Schweiz lebenden Menschen – das war sehr ermutigend!

Im Ausland zu leben bedeutet nicht, dass wir die Ereignisse in Guatemala nicht unterstützen können. Man kann (und sollte) sich engagieren, sich informieren und mit anderen zusammenschliessen, die eine positive Veränderung in Guatemala sehen wollen. Untätigkeit gefährdet die Zukunft der Demokratie und lässt den latenten Autoritarismus des Landes festigen.

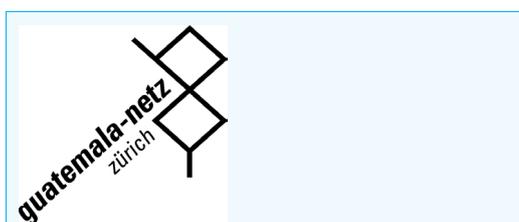
Maya Márquez

Erfahrungen des gewaltfreien Widerstands gegen wirtschaftliche Grossprojekte

Zwischen 2013 und 2016 wurden über 20 Personen von Barillas, Huehuetenango, die sich gegen das Wasserkraftprojekt Q'amba'alam des spanischen Unternehmens Hidro Santa Cruz wehrten, inhaftiert. Ohne Gerichtsverfahren und Schuldspruch verbrachten einige von ihnen bis zu drei Jahren im Gefängnis. Guatemala-Netz Zürich berichtete über die „politischen Gefangenen von Barillas“ und unterstützte sie. Einer der ehemaligen Gefangenen ist Rubén Herrera. Er und seine Lebensgefährtin Cecilia Mérida berichten in Neue Wege 9/2018 über Erfahrungen des gewaltfreien Widerstands gegen die Ausbeutung von Land, Rohstoffen und Menschen. Lesen Sie ihren Beitrag unter http://www.guatemalanetz-zuerich.ch/download/medien/NW%202018_09%20Merida_Herrera.pdf

Treffen mit dem neuen Schweizer Botschafter in Guatemala

Seit Anfang Jahr vertritt Botschafter Hans-Ruedi Bortis die Schweiz in Guatemala, wo er bereits vor 20 Jahren als Botschaftsrat tätig war. Ein Teil des Vorstands von Guatemala-Netz Zürich nutzte am 27. August im Rahmen eines Rundtischs der Schweizer Plattform für Friedensförderung die Gelegenheit zu einem Austausch mit ihm.



Impressum:

Nr. 61, 22.10.2018

Erscheint 2-4 mal jährlich

Herausgegeben von: Guatemala-Netz Zürich

<http://www.guatemalanetz-zuerich.ch>

mailto: info@guatemalanetz-zuerich.ch

Redaktion: Barbara Klitzke

Lektorat: Barbara Müller, Jacqueline Hefti

Layout: Barbara Klitzke

Administration: Silvia Brennwald

Josefstrasse 172, 8005 Zürich

mailto: silvia.brennwald@bluewin.ch

PC 87-674612-1

IBAN CH90 0900 0000 8767 4612 1

Veranstaltung

Ende November oder anfangs Dezember wird es die Möglichkeit geben, in Zürich eine Veranstaltung mit guatemalteken Menschenrechtsverteidiger*innen bei ihrem Besuch in der Schweiz durchzuführen.

Die Daten sind uns jedoch noch nicht zugesichert. Sobald wir näheres wissen, erfahren Sie per Flyer, auf unserer Homepage oder auf Facebook genaueres.

Studie von Fastenopfer und Brot für alle

Bern/Luzern, 13. September 2018. Fast einmal pro Monat ist ein Schweizer Konzern im Ausland in die Verletzung von Menschenrechten oder Umweltstandards verwickelt. Eine neue Analyse von Brot für alle und Fastenopfer zählte in den letzten sechs Jahren mindestens 64 solcher Vorfälle, die auf das Konto von 32 Unternehmen gingen. Diese Zahlen illustrieren die Schwäche freiwilliger Massnahmen und die Dringlichkeit der Konzernverantwortungsinitiative, welche die Unternehmen zu einer besseren Prüfung ihrer Menschenrechts- und Umweltrisiken verpflichten will.

Eine Zusammenfassung der Studie finden Sie auf der gemeinsamen Kampagnenwebseite von Brot für alle und Fastenopfer: sehen-und-handeln.ch/content/uploads/2018/04/Factsheet_KoVI_D.pdf

Brief an die UNHCHR

Mitte September hat Guatemala-Netz Zürich gemeinsam mit vielen weiteren Organisationen einen Brief an die neue Uno-Hochkommissarin für Menschenrechte und ehemalige Präsidentin Chiles, Michelle Bachelet, unterschrieben. Im Brief wird auf die bedrohliche Situation für Menschenrechtsverteidiger*innen in Guatemala hingewiesen. Es bestehe die Gefahr, dass durch die Ankündigung des Präsidenten Jimmy Morales vom 31. August, den Vertrag mit der Internationalen Kommission gegen Straflosigkeit und Korruption CICIG nicht mehr zu verlängern, die Arbeit der Justiz untergraben werde. Zentralamerika stehe vor dem Risiko, dass sich Diktaturen konsolidieren. Mit der Intervention der Hochkommissarin könnte verhindert werden, dass der Staatsterror in der Region wieder Fuss fassen.

Besuchen Sie uns auf Facebook!

Seit diesem Sommer ist Guatemala-Netz Zürich auf Facebook und bringt regelmässig Nachrichten zu aktuellen Geschehnissen aus und um Guatemala. Bleiben Sie dran: www.facebook.com/Guatemala-Netz-Zürich-2033014166972006